

**ARGUMENTARIUM
DER SP SCHWEIZ
ZUR ZUWANDERUNG**

EINLEITUNG

Zuwanderung ist ein komplexes, übergreifendes Thema, das die politische Debatte in der Schweiz stark prägt und auch in Zukunft prägen wird. Für die SP Schweiz als international ausgerichtete Partei, die sich dem Kampf für soziale Gerechtigkeit verschrieben hat, versteht es sich von selbst, dass sie für die mit der Zuwanderung verbundenen Herausforderungen Lösungsansätze im Sinne ihres Konzepts einer offenen und sozialen Gesellschaft propagiert.

Nachfolgend finden sich Antworten auf die wichtigsten Fragen, die sich im Zusammenhang mit Zuwanderung stellen. Dabei kommt deutlich zum Ausdruck, dass nicht die Zuwanderung, sondern die bisher vorherrschende bürgerliche Politik für die Probleme in den Bereichen des Arbeitsmarktes, des Wohnens, der Raumplanung, der Mobilität oder der ökologischen Nachhaltigkeit verantwortlich ist. Eine Beschränkung der Zuwanderung ist dementsprechend eine politische Scheinlösung, denn sie macht die Schweiz weder sozialer noch ökologischer. Für eine Politik, die allen etwas bringt, braucht es nicht Scheinlösungen, sondern wirksame innenpolitische Reformen.

Sozial- und wirtschaftspolitische Fortschritte sind in der Schweiz zwingend nötig, wenn wir das Vertrauen der Menschen in eine Politik der Öffnung stärken wollen. Sie leisten als flankierende Massnahmen ihren Beitrag zu einer Politik der offenen Grenzen, von der nicht nur ein paar wenige, sondern alle profitieren.

1. PROFITIERT DIE SCHWEIZ VON DER ZUWANDERUNG?

Ja. Objektiv betrachtet ist die Bilanz der Zuwanderung aus Schweizer Sicht eindeutig positiv. Die Möglichkeit, europa- und weltweit qualifizierte Fachleute anzuwerben, ist für die globalisierte Schweizer Wirtschaft entscheidend. Zudem ist die Schweiz aus demografischen Gründen auf Einwanderung angewiesen: Seit dreissig Jahren weist die Schweiz eine zusammengefasste Geburtenziffer von nur 1,4 bis 1,6 Kindern auf. Zudem handelt es sich bei der Zuwanderung überwiegend um eine Arbeitskräfteeinwanderung, was zu einem bedeutenden Beitrag zur Finanzierung der grossen Sozialwerke führt. Besonders stark wirkt sich dies auf die Finanzierung der AHV aus.

Historisch betrachtet kommt hinzu, dass die moderne Schweiz ihren grossen Wohlstand, ihren kulturellen Reichtum und ihre Lebensqualität in hohem Masse der Tatsache verdankt, dass politische Flüchtlinge im 19. Jahrhundert zentral am Aufbau des Bundesstaates beteiligt waren und es nach dem Zweiten Weltkrieg gelang, sich zu einer multikulturellen Einwanderungsgesellschaft fortzuentwickeln. Der Reichtum und die Vielfalt des soziokulturellen Angebots in der heutigen Schweiz sind ohne den Beitrag der Migrant/-innen undenkbar.

2. SINKEN DIE MIETEN, WENN WIR DIE ZUWANDERUNG BESCHRÄNKEN?

Nein. Die Zuwanderung ist nicht die alleinige Ursache für die teilweise überhöhten Wohnkosten. Verschiedene Untersuchungen deuten darauf hin, dass in den Ballungszentren wie Zürich, Zug oder dem Arc lémanique die Zuwanderung von gutverdienenden Ausländer/-innen nur einer von verschiedenen Einflussfaktoren der steigenden Mieten und Bodenpreise ist. Hinzu kommt aber auch die starke Binnenmigration aus anderen Kantonen in diese Hotspots. Die SP verlangt seit langem, dass flankierende Massnahmen (FLAM) nicht nur für den Arbeitsmarkt, sondern auch für den Wohnungsmarkt zwingend notwendig sind, damit die Vorteile der Zuwanderung und der Personenfreizügigkeit (PFZ) allen zu Gute kommen. Es darf nicht sein, dass sich Personen mit tieferen Einkommen und Familien ein Leben in den Städten wegen für sie unbezahlbaren Mieten nicht mehr leisten können. Als Gegenmassnahmen fordert die SP beispielsweise eine Formularpflicht, damit

neue Mieter/-innen über den bisherigen Mietpreis informiert werden sowie eine Beschränkung von unbegründeten Mietpreiserhöhungen bei

Mieter/-innenwechseln. Gleichzeitig muss mit öffentlichen Mitteln der gemeinnützige Wohnungsbau gefördert werden und nicht mehr benötigte Liegenschaften der öffentlichen Hand im Baurecht an Wohnbaugenossenschaften abgegeben werden. So entstehen mittel- und längerfristig zusätzliche Wohnungen mit Kostenmieten¹, die auch für weniger einkommensstarke Haushalte bezahlbar sind.

3. STEIGEN DIE LÖHNE IN DER SCHWEIZ, WENN WIR DIE ZUWANDERUNG BESCHRÄNKEN?

Einwanderung wirkt sich mittel- und längerfristig insgesamt kaum auf Löhne und Beschäftigung der ansässigen Bevölkerung aus. Hauptgrund ist, dass sich In- und Ausländer/-innen auch bei gleicher Ausbildung und Berufserfahrung gegenseitig kaum ersetzen. Weniger vorteilhaft sieht die Bilanz für bereits ansässige Ausländer/-innen aus, die nur ungenügend qualifiziert sind. Auf diese kann Einwanderung einen erheblichen Lohndruck ausüben. Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass in einzelnen Branchen insbesondere die Tieflöhne unter Druck geraten.

Keine Form der Zuwanderungsbeschränkung wird helfen, Lohndumping zu verhindern. Das wirkungsvollste Mittel gegen Lohndruck ist ein Mindestlohn, wie er in den meisten Industriestaaten und fast allen EU-Staaten gilt. Eine entsprechende Initiative für einen Mindestlohn von 22 Franken/Stunde wurde von den Gewerkschaften zusammen mit der SP eingereicht und dürfte 2014 zur Abstimmung kommen.

¹ Kostenmiete bedeutet, dass sie die Aufwendungen des Bauträgers gedeckt sind. Mit der Kostenmiete werden die Schuldzinsen und die Verwaltungskosten beglichen, der Unterhalt und Werterhalt der Liegenschaften sowie die Rückstellungen zur Erneuerung derselben sichergestellt. Mittel- bis langfristig bewirkt die Kostenmiete deutlich günstigere Mietzinsen als bei vergleichbaren Objekten auf dem Wohnungsmarkt.

4. SCHÜTZEN WIR UNSER LAND VOR ZERSIEDELUNG UND LANDVERSCHLEISS, WENN WIR DIE ZUWANDERUNG BESCHRÄNKEN?

Nein. Die Probleme der Zersiedlung und des Landverschleisses sind hausgemacht und haben nichts mit Migrant/-innen zu tun.

Der Flächenkonsum in der Schweiz ist in 30 Jahren von durchschnittlich 34 auf heute rund 50 Quadratmeter pro Kopf angestiegen. Der häufige Verzicht auf eine raumplanerisch verantwortungsvolle Siedlungsplanung sowie Föderalismus und Gemeindeautonomie haben angesichts des wachsenden, von der Politik unkritisch begleiteten und der Bauwirtschaft gar geförderten, „Platzbedarfs“ vielerorts zu einer zunehmenden Zersiedlung geführt. Dieser Entwicklung muss mit gesetzlichen und bauplanerischen Massnahmen wie dem neuen Raumplanungsgesetz sowie einer baulichen Verdichtung gegen innen begegnet werden. Eine Begrenzung der Zuwanderung wie es bspw. die EcoPop-Initiative verlangt, ist nicht zielführend.

Heute hat die Schweiz 220'000 Hektaren Bauzonen, davon 60'000 noch nicht überbaute. Diese Reserve reicht theoretisch für 2,5 Millionen zusätzliche Einwohner/-innen bei gleichem Platzbedarf. Entscheidend für die Lebensqualität bzw. den sogenannten „Dichtestress“ vieler Menschen ist aber nicht die absolute Zuwanderungszahl, sondern ob die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die Schweiz verfügt noch über genügend Raum, wenn dieser nicht verschwenderisch genutzt wird. Der verfügbare Boden zwingt uns also nicht zu einer Begrenzung der Zuwanderung, sondern zu einem haushälterischen Umgang mit dem Boden. Und das gilt unabhängig davon, ob die Zuwanderung zu- oder abnimmt.

5. SIND WIR VOR ARBEITSLOSIGKEIT SICHER, WENN WIR DIE ZUWANDERUNG BESCHRÄNKEN?

Nein. Die ausgesprochen tiefe Arbeitslosigkeit in der Schweiz ist in erster Linie strukturell bedingt.

Die wirtschaftlich begründete Zuwanderung in die Schweiz hat insbesondere seit der Einführung der Personenfreizügigkeit aufgrund des Fachkräftemangels in der Schweiz zugenommen. Zwar ist die Nettozuwanderung zahlenmässig höher ausgefallen als ursprünglich erwartet,

aber ein Anstieg der Arbeitslosigkeit war und ist als Folge der PFZ nicht feststellbar. Die Schweiz weist weiterhin eine der tiefsten Arbeitslosenraten in Europa auf. Das gilt insbesondere für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Für die aber dennoch existierende Arbeitslosigkeit gilt, dass eine Beschränkung der Zuwanderung in keiner Weise ein taugliches Mittel ist. Vielmehr liegt das Problem oft bei der „falschen“ bzw. fehlenden Ausbildung von Arbeitslosen sowie den Problemen eines liberalen Arbeitsmarktes.“

6. NIMMT DER „DICHTESTRESS“ IN DEN ZÜGEN UND TRAMS AB, WENN WIR DIE ZUWANDERUNG BESCHRÄNKEN?

Nein. Dass es in den öffentlichen Verkehrsmitteln vor allem zu Stosszeiten und in den Agglomerationen immer weniger Platz hat, ist nur zu einem sehr kleinen Teil auf die Zuwanderung zurückzuführen.

Die Erfolgsstory des öffentlichen Verkehrs bringt auch grosse Herausforderungen mit sich. Aufgrund der rasch wachsenden Nachfrage stösst die Bahninfrastruktur an ihre Kapazitätsgrenzen. Die jährlichen(?) Fahrten im Öffentlichen Verkehr haben seit dem Jahr 2000 um fast 30 Prozent auf 1.8 Milliarden zugenommen und die Zahl der zurückgelegten Personenkilometer stieg seither gar um über 40 Prozent auf 23 Milliarden. Mehr Leute pendeln immer häufiger und weiter – und das ganz unabhängig von der Zuwanderung, u.a. weil die Wirtschaft mehr Mobilität und Flexibilität erwartet. Um diesen Kundenansturm bewältigen zu können, muss auch das Angebot ständig ausgebaut werden. Damit kann zwar nicht allen Fahrgästen in den Stosszeiten ein Sitzplatz garantiert, aber zumindest die Situation entlastet werden. Die angebotenen Zug- und Fahrzeugkilometer stiegen seit dem Jahr 2000 um 22 Prozent auf total 485 Millionen Zug- und Kurskilometer. Die Bahnen legten dabei um fast 30 Prozent auf 182 Millionen Zugkilometer zu. Bereits ist geplant, dass bis 2050 insgesamt rund 42 Milliarden Franken in die Bahninfrastruktur investiert werden. Eine kritische Auseinandersetzung mit den heutigen Formen und vor allem auch dem Ausmass der Mobilität – sei es im Zusammenhang mit der Arbeit oder in der Freizeit – ist auf jeden Fall nötig. Es geht dann aber nicht primär um Fragen der Zuwanderung, sondern darum, wer von den öffentlichen Infrastrukturen (Bahn und Strasse) profitiert (z.B. auch Arbeitgeber), wie eine gerechte und transparente Finanzierung der Mobilität aussehen kann, und wie gewisse

Formen der Mobilität sinnvollerweise auch reduziert werden können. Insbesondere das Ausrichten auf die Verkehrsspitzen muss hinterfragt werden. Mit Instrumenten wie beispielsweise der Raumplanung oder einem späterem Schulbeginn kann dem entgegen gewirkt werden.

7. WIRD DIE SCHWEIZ ÖKOLOGISCHER, WENN WIR DIE ZUWANDERUNG BESCHRÄNKEN?

Nein. Es erscheint gerade absurd, Probleme eines globalen Ökosystems über eine Begrenzung der Zuwanderung lösen zu wollen. Was es braucht sind strukturelle Veränderungen unserer Produktions- und Lebensweisen. Dabei kann die Schweiz als Vorbild vorausgehen.

Der ökologische Fussabdruck in der Schweiz misst derzeit 4,7 globale Hektaren pro Person. Die Biokapazität unseres Landes beträgt indes bloss 1,6 globale Hektaren pro Kopf. Somit ist der Fussabdruck in der Schweiz fast dreimal so gross wie die verfügbare Biokapazität. Zum Vergleich: Der globale durchschnittliche Fussabdruck beträgt 2,6 Hektaren pro Person, jener in Afrika rund 1 Hektare, jener in Nordamerika 9,5 Hektaren. Seit den 1960er Jahren hat sich der ökologische Fussabdruck der Schweiz mehr als verdoppelt. Natürlich ist diese Entwicklung nicht der Zuwanderung geschuldet, sondern ganz grundsätzlich dem wachsenden Ressourcenverschleiss aufgrund unseres gewandelten Lebensstils. Hauptverantwortlich ist unser Energieverbrauch: Er trägt zu zwei Dritteln zum ökologischen Fussabdruck bei und ist damit weit bedeutender als alle anderen Bereiche. Wenn es der Schweiz ernst ist mit einer Reduktion des Fussabdrucks, dann braucht es einen ökologischen und sozialen Umbau unserer Wirtschaft und keine Experimente mit Zuwanderungsbeschränkungen.

8. HELFEN UNS KONTINGENTE WEITER?

Nein, Kontingente sind höchstens Scheinlösungen.

In Bezug auf die Arbeitsmigration aus dem EU-EFTA Raum hilft uns der bürokratisch-repressive Ansatz der Kontingentierung nicht weiter. Kontingente bedeuten eine Einschränkung individueller und kollektiver Freiheitsrechte. In einer global vernetzten Wirtschaft lassen sie sich zudem nicht effizient und effektiv handhaben. So vermochte vor der Einführung der Personen-

freizügigkeit in der Schweiz das angewandte Kontingentsystem keineswegs die Zuwanderung zu kontrollieren. Darüber hinaus sind Kontingente gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten auch aus volkswirtschaftlicher Sicht abzulehnen, weil sie die Nachfrage schwächen. Wer um einen unmittelbar wirksamen Schutz der Arbeits- und Lebensbedingungen in der Schweiz besorgt ist, setzt auf umfassende und konsequent durchgesetzte flankierende Massnahmen.

9. WELCHEN BEITRAG LEISTEN DIE ZUGEWANDERTEN MENSCHEN UND WIE GEHT ES IHNEN?

Die zugewanderten Menschen prägen die Schweiz auf vielfältige Weise und leisten einen wesentlichen Beitrag zu unserem Wohlstand, in sozialer und kultureller ebenso wie in wirtschaftlicher Hinsicht.

In der Vergangenheit war die Schweizer Migrationspolitik geprägt von den sogenannten Saisoniers, die zeitlich beschränkt als Arbeitskräfte in die Schweiz geholt wurden, denen aber der Familiennachzug verboten war. Mit der PFZ kommt heute ein Modell zur Anwendung, das den Interessen beider Seiten besser gerecht wird und die Zuwander/-innen (vor allem die gut ausgebildeten in bestimmten Branchen und Positionen) nicht mehr im gleichen Mass in die Abhängigkeit eines/r Arbeitgebers/-in zwingt. Die Attraktivität der Schweiz als Arbeitsort ist gross, genauso wie für die Schweiz die EU als Rekrutierungspool für fehlende Fachkräfte attraktiv ist. Für einen Grossteil der ausländischen genauso wie der schweizerischen Arbeitskräfte gilt aber nach wie vor, dass sie des Schutzes durch flankierende Massnahmen und entsprechender Kontrollen bedürfen. Beispiele aus dem Pflege- und Landwirtschaftsbereich, aber auch aus anderen Sektoren, machen deutlich, dass ansonsten insbesondere ausländische Arbeitnehmer/-innen, die ihre Rechte in ungleichen Abhängigkeitsverhältnissen kaum durchzusetzen vermögen, Gefahr laufen, skrupellos ausgebeutet zu werden. Besonders die Situation von Sans-Papiers ist prekär.

10. WIE VIELE BEWOHNERINNEN UND BEWOHNER ERTRÄGT DIE SCHWEIZ?

Die willkürliche Festlegung eines Maximalwerts ist weder seriös noch sinnvoll.

Sicher ist: das Boot ist nicht voll. Wichtig ist aber, dass Bevölkerungswachstum durch eine vernünftige und fortschrittliche Politik begleitet wird. Der viel bemühte „Dichtestress“, der Druck auf Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen oder die explodierenden Wohnkosten sind allesamt nicht in erster Linie auf die Zuwanderung zurückzuführen. Gründe sind vielmehr eine schlechte resp. inexistenten Raumplanung, falsche Schwerpunkte in der bisherigen Mobilitäts- und Wohnpolitik, eine rigorose Sparpolitik auf allen politischen Ebenen oder unverschämte Profitmaximierungsstrategien von Arbeitgebern und Vermietern. Diese Probleme gilt es im Interesse der grossen Mehrheit der Bevölkerung anzugehen. Das heisst auch, dass die Entwicklungen nicht dem Markt überlassen werden darf, sondern politisch demokratisch zu regeln sind. Dann ist auch eine 10-Millionen-Schweiz kein Schreckensszenario, im Gegenteil.

11. GIBT ES KEINE SINNVOLLEN KONZEPTE, UM DEN ZUWANDERUNGSDRUCK ZU DÄMPFEN?

Wer trotz allem weniger Zuwanderung will, dem stehen vor allem zwei Optionen offen: (1) eine gerechte und nachhaltige Steuerpolitik und (2) die verstärkte Integration in den Arbeitsmarkt von in der Schweiz lebenden, potenziellen Arbeitskräften.

Zu (1): Mit der fortschreitenden Globalisierung hat sich die Auswahl an attraktiven Wirtschaftsstandorten für international mobile Unternehmungen stark erhöht und der Wettbewerb um die Gunst solcher Firmen verschärft. Eine rein quantitative, ökologisch und sozial blinde Standortpolitik kann darauf natürlich nicht die richtige Antwort sein. Es ist zutiefst widersprüchlich, sich in den Hotspots wie dem Grossraum Zürich oder dem Arc lémanique über Risiken und Probleme der Einwanderung zu beklagen und gleichzeitig alles daran zu setzen, mit aggressiven Steuerangeboten ganze Unternehmen mitsamt Belegschaft anzulocken. Die Schweiz soll auf internationaler Ebene Bestrebungen unterstützen und vorantreiben, um dem ruinösen Wettbewerb mit Dumpingsteuern und öffentlichen Subventionen an einzelne

Unternehmen den Riegel zu schieben und steuerliche Vergünstigungen als Mittel der Ansiedlungspolitik klar zu beschränken.

Zu (2): Primär geht es um Frauen, die wegen Familienpflichten ganz oder teilweise von der Erwerbsarbeit ferngehalten sind. Würden sie alle pro Woche einen Tag länger als jetzt ausser Haus arbeiten gehen, könnte die Zuwanderung halbiert werden. Eine Erhöhung der weiblichen Erwerbsquote könnte u.a. durch den entschlossenen Ausbau der Kindertagesstätten erreicht werden. Ebenso soll das Potenzial der bereits in der Schweiz ansässigen Migrant/-innen durch eine konsequente Aus- und Weiterbildungspolitik besser ausgeschöpft werden. Und sowohl im Bereich des Gesundheitswesens als auch bei sogenannten MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) sind Bildungsoffensiven zwingend, weil die Zahl der Ausbildungsplätze den Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft hinterherhinkt. Weiter gilt es, mehr Arbeitslose als bisher in den Arbeitsmarkt zurück zu bringen, wobei vor allem entsprechende Weiterbildungen und Umschulungen nötig sind. All dies sind Massnahmen, die sich klar dämpfend auf die Einwanderung auswirken und gleichzeitig konkretisieren, was ein qualitatives statt quantitatives Wachstum beinhalten sollte: nämlich, dass es allen Menschen in der Schweiz – Einheimischen genauso wie Zugewanderten – am Ende besser geht als zuvor. Denn alle diese Massnahmen ermöglichen den Betroffenen einen sozialen Aufstieg dank zusätzlicher Bildung und/oder verbesserter Arbeitsmarktintegration.

Das meint die SP zum Thema Zuwanderung.

Die SP sieht die Zuwanderung zunächst einmal ganz illusionslos als sowohl belebendes wie auch konfliktreiches Element der modernen Schweiz. Migration und Zuwanderung sind Fakten, die nicht negiert werden können. Die globalen Migrationsströme lassen sich auch nicht vernünftig steuern, schon gar nicht durch eine nationalstaatliche Abschottungspolitik. Tatsache ist, dass insbesondere die Wirtschafts- bzw. Arbeitsmigration eine logische Konsequenz der Ungleichverteilung von Lebensperspektiven darstellt, die in einer kapitalistischen Marktwirtschaft in hohem Ausmass nicht nur innerhalb von, sondern auch zwischen einzelnen Ländern geschaffen werden. Waren es bis ins 20. Jahrhundert vor allem Schweizer/-innen, die mit der Hoffnung auf ein besseres Leben das Land verliessen, übt die „Wohlstandsinsel Schweiz“ heute aus naheliegenden Gründen eine hohe Anziehung auf weniger privilegierte Menschen aus. Die freiwillige ebenso wie die faktisch erzwungene Arbeitsmigration in Richtung Schweiz nimmt zu. Verstärkt wird die Zuwanderung durch eine aggressive Steuerpolitik, die darauf abzielt, blindlings möglichst viele Unternehmen ins Land zu holen. In den bereits strapazierten Hotspots des Wachstums führt das zu einem diffusen Unbehagen in der Bevölkerung, das gerne mit dem Stichwort „Dichtestress“ tituliert wird. Die Frage ist, wie politisch mit der Zuwanderung umgegangen wird. Das Problem ist nicht die Zuwanderung an sich (es gibt kein wirkliches „Platzproblem“). Problematisch sind die Bedingungen, unter denen sie stattfindet. Für die SP ist klar, dass kurzfristig einzig umfassende und konsequent durchgesetzte flankierende Massnahmen (bei den Löhnen und Arbeitsbedingungen, bei den Wohnkosten, beim Verkehr etc.) dafür sorgen, zumindest in der Schweiz für soziale Gerechtigkeit, Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit zu sorgen. Ausserdem gilt es, die neoliberale Tiefsteuerpolitik aufzugeben, deren verheerende Folgen immer deutlicher zutage treten. Die Steuersenkungsspirale muss durchbrochen werden und es braucht eine Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zulasten der steuerlich seit Jahrzehnten bevorzugt behandelten Unternehmen, Grossverdiener und Vermögenden. Der aus Gerechtigkeitsgründen notwendige Wandel der herrschenden Politik führt, quasi als Nebeneffekt, auch zu einer Reduktion der Zuwanderung. Über zusätzliche wirtschaftsdemokratische Reformen will die SP schliesslich die Entwicklung eines egalitäreren, stärker auf Kooperation statt Konkurrenz ausgerichteten Wirtschaftssystems vorantreiben. Langfristig gesehen ist das der beste Weg, um die erzwungene Arbeitsmigration zu reduzieren.

DIE WICHTIGSTEN FAKTEN

Zahlen zur Zuwanderung

Ende 2012 belief sich die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz auf 8'036'900 Einwohnerinnen und Einwohner. Im Vergleich zu 2011 entspricht das einem Anstieg von 82'300 Personen bzw. einem Prozent. Die Zahl der ständig in der Schweiz wohnhaften ausländischen Staatsangehörigen lag Ende 2012 bei 1'869'000 Personen, was einem Anteil von 23,3 Prozent entspricht. Zurückzuführen ist die Zunahme der ständigen Wohnbevölkerung auf einen Geburtenüberschuss, von 17'500 Personen sowie auf einen Anstieg um 64'800 Personen aus den Wanderungsbewegungen und anderen Neueintritten in die ständige Wohnbevölkerung.² Zwischen 1991 und 2011 wanderten jährlich im Durchschnitt rund 132'000 Menschen in die Schweiz ein und durchschnittlich 92'000 aus. Zuwanderungsspitzen gab es zu Beginn der 1990er Jahren und wieder ab 2007.³

² Siehe <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/news/medienmitteilungen.html?pressID=8695>

³ Siehe <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/06/blank/key/08.html>

Flächenverbrauch (pro Kopf)

Gemäss Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) ist der Wohnflächenbedarf in der Schweiz in den letzten Jahrzehnten laufend gestiegen. 1980 beanspruchte eine Person im Durchschnitt 34 m² Wohnfläche, 2000 waren es bereits 44 m², und für 2007 errechnete das ARE einen Wert von rund 48 m². Interne Schätzungen des ARE beziffern den Wohnflächenbedarf für 2030 auf rund 55 m² pro Person.⁴

In der Stadt Zürich hat die durchschnittliche Wohnfläche pro Person seit den 1970er Jahren um elf Quadratmeter oder rund 40 Prozent zugenommen. Heute beansprucht ein/e Zürcher Einwohner/-in im Mittel rund 41 Quadratmeter Nettowohnfläche. Die stärkste Zunahme des Wohnflächenverbrauchs pro Kopf in Zürich hat vor den 1990er-Jahren stattgefunden: Zwischen 1970 und 1989 stieg dieser jährlich um einen halben Quadratmeter. In der gesamten Zeit von 1990 bis heute nahm der Wohnflächenverbrauch gesamthaft noch um einen Quadratmeter zu (+2,5 Prozent). Die Baugenossenschafter/-innen nutzen 5,7 Quadratmeter weniger Wohnfläche als die übrige Bevölkerung. Bei den Baugenossenschaften in der Stadt Zürich ist der Wohnflächenverbrauch in Wohnungen ab Baujahr 1960 in etwa konstant.⁵

⁴ Siehe <http://www.are.admin.ch/dokumentation/01378/04315/index.html?lang=de>

⁵ Siehe http://www.stadt-zuerich.ch/content/prd/de/index/statistik/publikationsdatenbank/webartikel/2013-03-28_Wie-viel-Wohnraum-braucht-der-Mensch.html

Mobilitätsentwicklung (pro Kopf)

Im Jahr 2010 legte jede/r Einwohner/-in der Schweiz durchschnittlich rund 20'500 km zurück. Beinahe die Hälfte entfiel auf den motorisierten Individualverkehr (Auto und Motorrad), der Anteil des öffentlichen Verkehrs lag bei knapp 19 Prozent. Im Mittel legte eine in der Schweiz wohnhafte Person ab 6 Jahren im Inland täglich knapp 37 km zurück und benötigte dafür ohne Warte- und Umsteigezeiten etwa 83 Minuten. Von diesen 37 km sind rund 40 Prozent der Freizeitmobilität zuzurechnen, zählt man das Einkaufen hinzu, sind es 53 Prozent (auf die Arbeit entfallen 8,9 km resp. 24 Prozent). Deutlich zeigt sich auch, dass der Wohnort einen beträchtlichen Einfluss auf das Mobilitätsverhalten hat. Je zentrumsferner eine Person wohnt, desto länger ist die durchschnittliche Strecke, welche sie täglich zurücklegt. Auch der Anteil des motorisierten Individualverkehrs an der Tagesdistanz wächst mit der Entfernung zum Agglomerationskern.

Seit 1994 hat die Tagesdistanz pro Person von 31,3 auf 36,7 km zugenommen. Eine Zunahme ist in den letzten Jahren vor allem für die Bahn zu verzeichnen: Mit der Bahn wurden 2010 pro Person rund 27 Prozent mehr Kilometer gefahren als noch 2005, gleichzeitig blieb der Anteil des motorisierten Individualverkehrs an der Tagesdistanz stabil.⁶

⁶ Siehe Bundesamt für Statistik (2012): Mobilität in der Schweiz. Ergebnisse des Mikrozensus Mobilität und Verkehr 2010. Neuenburg.

